

Entwurf

1945 nach dem Ende des Krieges gab es eine breite Grundstimmung: Es soll nie wieder Krieg vom deutschen Boden ausgehen.

Heute, nach 70 Jahren, fordert Bundespräsident Gauck im Einklang mit führenden Politikern: Deutschland muss in der Welt mehr Verantwortung übernehmen. Im Klartext heißt das: Statt Diplomatie, Verhandeln, miteinander reden wird je nach Interessenlage militärisches Eingreifen für nötig befunden. Krieg ist wieder Mittel der Politik.

Kein neuer Kalter Krieg – den Ukraine-Konflikt friedlich lösen

Am 22. Februar 2014 jagten bewaffnete Gruppen die ukrainische Regierung davon und ließen somit dem tags zuvor international ausgehandelten Abkommen zur Beilegung der Krise keine Chance. Seitdem erleben wir eine gefährliche Spirale der Konfrontation. USA und EU erkannten die neuen Machthaber sofort an, aber im Osten des Landes begannen Proteste und Kämpfe zur Loslösung. Auf der Krim führten sie über eine Volksabstimmung zur Wiedereingliederung in Russland. Es folgten Wirtschaftssanktionen, Manöver von NATO und Russland in der Region sowie militärische Aufrüstung und Kämpfe an der Grenze. Die wirtschaftlichen und ethnischen Probleme der Ukraine, vermengt mit den gegensätzlichen Interessen von NATO/EU und Russland ergeben eine brandgefährliche Situation. Wir fordern eine Abkehr von der Konfrontation als Voraussetzung einer friedlichen Lösung. Dabei gilt es die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten in der Region zu berücksichtigen.

Dem Terrorismus den Boden entziehen

Die katastrophale Entwicklung in und um Syrien und im Irak hat terroristische Organisationen wie den Islamistischen Staat gefördert und stark gemacht. Die NATO reagiert mit militärischen Einsätzen, wenn ihre Interessen tangiert werden. Verschwiegen wird die Unterstützung des Terrorismus durch Verbündete des Westens, so Saudi-Arabien, Katar u.a. Hier gilt es anzusetzen. Geld und Waffennachschub müssen sofort gestoppt werden.

Außerdem: Ist die Struktur eines Staates durch wirtschaftlichen Niedergang und Krieg stark erschüttert, werden Terroristen aktiv und haben zu laufen.

Kriegseinsätze beenden

Ein Blick nach Afghanistan, Irak oder Libyen zeigt überdeutlich, dass der Einsatz von militärischen Mitteln kein Problem löst. Die angegebenen hehren Ziele wie Stabilität und eine bessere Zukunft für die Menschen, besonders für die Frauen, werden nicht erreicht. Die verdeckten Ziele militärischer Operationen, der Zugang zu Rohstoffen und der Schutz der Transportwege, wird nur unter der Hand zugegeben. Ergebnis der Kriegseinsätze sind Tausende von Toten, überwiegend Zivilisten, und Ströme von Flüchtlingen, die dem Horror entkommen wollen.

Abrüstung statt neuer Waffen und geistiger Militarisierung

Für mehr Kriegsbeteiligungen wird die Bundeswehr um- und aufgerüstet. In der NATO hat das Deutschland mit beschlossen. Der Bevölkerung soll das mit Berichten über große Ausrüstungsmängel bei der Armee schmackhaft gemacht werden. Gleichzeitig wird der Etat der Bundeswehr für Werbung aufgestockt. Damit sollen die nötigen SoldatInnen geworben und die vorherrschende Antikriegsstimmung in der Bevölkerung zurück gedrängt werden. Wir bleiben dabei: Abrüstung sichert den Frieden und erhöht die finanziellen Mittel für Soziales in unserem Land und weltweit.

Gehen Sie dafür mit uns am Ostermontag, den 06. April 2015 zum Ostermarsch!

Weil der Kampfeinsatz in Afghanistan auch für die Bundeswehr am 31.12.2014 endete, wird in der Öffentlichkeit viel über dessen Nutzen diskutiert. Unten ein Artikel dazu, der kaum bekannte Informationen zum Inhalt hat.

Ganz normaler Krieg

»Festnahme oder Neutralisierung«: Der BND gab Koordinaten zur gezielten Tötung afghanischer Aufständischer weiter

Von Jörg Kronauer

Deutsche Militärs haben in Afghanistan Personen für sogenannte gezielte Tötungen vorgeschlagen. Das geht aus einem Protokoll der internationalen ISAF-Interventionstruppen vom Mai 2011 hervor, aus dem *Bild* zitiert. Demnach verlangte Generalmajor Markus Kneip damals als ISAF-Regionalkommandeur Nord ausdrücklich die »Festnahme oder Neutralisierung« eines Aufständischen. Die Bundesregierung hat bislang stets behauptet, die Bundeswehr beteilige sich zwar an der Erstellung von NATO-Listen, auf denen Personen mit dem Hinweis notiert werden, sie seien zu ergreifen oder zu töten. Man plädiere dabei aber immer nur für eine Festnahme. Dies ist nun durch das ISAF-Protokoll widerlegt.

Interne Organigramme bestätigen dem *Bild*-Bericht zufolge auch die im Kern seit 2010 bekannte Tatsache, dass im deutschen Hauptquartier in Masar-i-Sharif eigens eine »Target Support Cell« eingerichtet wurde, um Informationen über »feindliche Kämpfer« zu sammeln und diese gegebenenfalls für einen Eintrag auf der entsprechenden NATO-Liste vorzuschlagen. Dass die Informationen auch für »gezielte Tötungen« genutzt wurden, stellt aus Sicht der Bundesregierung kein Problem dar. Bereits 2010 hat sie ausdrücklich erklärt, man dürfe »feindliche Kämpfer auch außerhalb der Teilnahme an konkreten Feindseligkeiten gezielt bekämpfen«. Dies schließe explizit »den Einsatz tödlich wirkender Gewalt ein«. Das Verteidigungsministerium hat damals außerdem mitgeteilt, es richte sich »nach den Umständen des Einzelfalls«, »welche Personen ... als feindliche Kämpfer jederzeit bekämpft werden können und welche Personen ihren Schutz als Zivilpersonen ausnahmsweise verlieren« - die übliche Gummiklausel also, faktisch ein Freibrief für »gezielte Tötungen«.

Widerlegt ist durch *Bild* vorliegende Dokumente auch die oft belächelte Schutzbehauptung des BND, er gebe zwar Mobilfunknummern mutmaßlicher »feindlicher Kämpfer« an NATO- und US-Stellen weiter, doch seien diese nicht zur Zielbestimmung etwa für einen Drohnenangriff geeignet. In einem von *Bild* zitierten Bericht vom 26. August 2011 übermittelte der BND Handynummern - und fügte hinzu, »eine Verwendung zum Zwecke des Einsatzes tödlicher Gewalt« sei »zulässig, solange und soweit ein gegenwärtiger Angriff vorliegt oder unmittelbar droht«. Konsequenzen hat seine Beihilfe allerdings nicht. In einem Präzedenzfall stellte der Generalbundesanwalt am 20. Juni 2013 ein Ermittlungsverfahren ein, das sich mit der »gezielten Tötung« des deutschen Staatsbürgers Bünyamin Erdoğan durch eine Killerdrohne am 4. Oktober 2010 in Pakistan beschäftigte. Deutsche Stellen hatten seine Handynummer weitergeleitet und damit seine Ortung ermöglicht. Die Tötung war dem Generalbundesanwalt zufolge, weil Erdoğan ein »feindlicher Kämpfer« gewesen sei, »kein Kriegsverbrechen« und nicht strafbar.

Bereits im Sommer 2010 hat der deutsche ISAF-Sprecher Josef Dieter Blotz gefordert, »gezielte Tötungen« endlich »nüchterner« zu betrachten. Die Bundeswehr dürfe sie zwar offiziell nicht selbst durchführen: »Das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr ist jedoch auch dafür eingesetzt worden, Netzwerke von Extremisten auszuschalten«, sagte Blotz damals, ohne näher zu spezifizieren, was unter »ausschalten« zu verstehen war. Die Bundesregierung hält die Einsätze des KSK und ihren Gegenstand konsequent geheim.

Aus: junge welt vom 31.12.2014

Dazu passt folgende Nachricht:

„Der frühere NATO-Kommandeur und Bundeswehrgeneral Egon Ramms beantwortete am Dienstag im Interview von *Deutschlandradio Kultur* die Frage, ob die deutsche Armee Informationen für die gezielte Tötung von Taliban genutzt habe, mit einem Wort: »Selbstverständlich.« Und er fügte, ohne direkt gefragt worden zu sein, an: »Deutsche Soldaten, Spezialkräfte, sind auch schon im Jahr 2002, Ende 2001, Anfang 2002 unter dem Mandat für Operation »Enduring Freedom« nach Afghanistan gegangen – ich wiederhole: deutsche Spezialkräfte –, und die sind dort nicht gewesen, um Blümchen zu pflücken.« auch junge welt, 31.12.2015, S. 8
